

Stellungnahme der AGL zum Haushaltplan 2017 der Stadt Eberbach

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Anwesende,

der Haushaltplan 2017 sieht das 7. Jahr in Folge keine Neuverschuldung vor, im Gegenteil eine Schuldentilgung von knapp 700.000,- €. Damit hat sich der Schuldenstand der Stadt (ohne Werke) auf 16,3 Mio € verringert. Diesem Schuldenstand stehen vorhandene finanzielle Mittel von 11,8 Mio € Ende 2016 gegenüber.

Da die Liquidität in den nächsten Jahren nach mittelfristiger Finanzplanung sinken wird und in 2018 Kredite aufgenommen werden sollen, ist weiterhin Sparen bei den laufenden Ausgaben angesagt. Nur über Einsparungen im laufenden Betrieb können wir Mittel für dringend nötige Investitionen wie für Feuerwehr, Kindergarten, Hallenbad, um nur 3 Bereiche aufzuzählen, erwirtschaften.

Mit unseren Haushaltsanträgen im Jahr 2014 hat die AGL Sparmaßnahmen in wichtigen Bereichen der Verwaltung eingefordert. Diese Anträge wurden 2014 vom Gemeinderat mehrheitlich beschlossen. Die Sparziele sollten ausgehend vom Haushalt 2014 nach 3 Jahren, also im Haushalt 2017 erreicht werden. Deshalb möchten wir Bilanz ziehen.

1. Antrag aus 2014: Die Personalkosten sind bis 2017 um 3 Prozent zu reduzieren.

Abzüglich der Tarifsteigerungen wurde das Einsparziel knapp verfehlt, 2,75 % konnten erreicht werden, in Zahlen 210.000,- €

Die Einsparung von 2,75 % ist zu würdigen, und die absolute Zahl von 210.000,- € zeigt, dass es nicht um „Peanuts“ geht. Aber noch immer ist der Personalstand der Stadt im Vergleich mit anderen Kommunen zu hoch. Weitere Einsparungen müssen in den kommenden 3 Jahren folgen, wir erwarten von der Organisationsuntersuchung hierzu klare Aussagen.

2. Antrag aus 2014: Die Stadtförsterei soll spätestens in 3 Jahren einen Forsthaushalt vorlegen, der unter Einbeziehung aller Ausgaben ausgeglichen ist.

Dieses Ziel konnte im Entwurf 2017 nicht erreicht werden, der Forsthaushalt weist unter Einbeziehung der Schutz- und Sozialfunktion des Waldes einen Verlust von rund 350.000,- € aus. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass die Stadtförsterei hervorragende Arbeit leistet und dieses Defizit nicht zu verantworten hat.

Eine nicht zu vernachlässigende Ursache für das negative Ergebnis des Gesamforsthaushalts sind die Schälschäden durch Rotwild. Allein bei der Baumart Fichte belaufen sich diese auf ca. 170.000,- € jährlich.

In 2017 müssen nach Ablauf der bisherigen Jagdpachtverträge die Jagdreviere im Eberbacher Wald neu vergeben werden. Dem Gemeinderat wurde am 12.12. ein umfänglicher und auf wissenschaftlicher Grundlage erstellter Bericht über die Evaluation des Eberbacher Rotwildkonzepts vorgelegt.

Dieser Bericht kommt unter anderem zu dem Ergebnis:

„Im Stadtwald Eberbach sind große Teile des Baumbestandes infolge vormals hoher Rotwildbestände nachhaltig extrem geschädigt worden“ (S. 2).

„Es sollte alles getan werden, um nicht erneut stark geschädigte Bäume heran und aufwachsen zu lassen. Neben den direkt spürbaren materiellen Verlusten beim Holzverkauf, entstehen für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung durch von Rotwild geschädigte Bäume hohe gesamtbetriebswirtschaftliche Risiken. (S. 3)

Aufgrund der Tatsache, dass die Rotwild – aktuell aber auch die Schwarzwilddichte - zu hoch ist, empfiehlt der Bericht andere Formen der Jagdausübung als die seit Jahrzehnten in Eberbach praktizierte Verpachtung der Reviere.

„Die Jagdreviere der Stadt Eberbach werden seit Jahren verpachtet. Die Pachtpreise bewegen sich auf moderatem Niveau. Ob die aktuellen Pachtpreismarktorientiert sind, lässt sich sachgerecht nur bei einer öffentlichen Ausschreibung vor der Neuverpachtung im Jahr 2017 prüfen.

*Alternative Jagdmodelle der Regiejagd wurden bislang noch nie angewendet oder auch nur getestet. Als Alternative zum bisherigen Verpachtungsmodell kommen im Stadtwald Eberbach entweder die Regiejagd oder die Ausweisung von Teilbereichen für die Regiejagd unter Beibehaltung des Verpachtungssystems für die übrigen Flächen in Frage. **Die Alternativen sollten vor einer Neuverpachtung eingehend geprüft werden.**“ (S. 30)*

Herr Bürgermeister, es ist ein völlig intransparentes und nicht korrektes Vorgehen, dass Sie 6 Wochen vor Veröffentlichung dieser wissenschaftlichen Auswertung dem Gemeinderat eine Beschlussvorlage vorlegen, die den beiden oben zitierten Aussagen des Berichts völlig widerspricht und Sie in der Sitzung am 12.12. auf meine Frage sinngemäß antworteten, die Nichtausschreibung sei beschlossen und kein Gegenstand der Diskussion mehr. Damit haben Sie eine Diskussion über alternative Möglichkeiten der Bejagung wie z.B. die Regiejagd verhindert. Genauso unverständlich ist für uns, dass der Gemeinderat mehrheitlich diesem Vorgehen – ich meine damit in nichtöffentlicher Sitzung noch vor Kenntnis des Evaluationsberichts zu entscheiden - zugestimmt hat. Insbesondere lehnten Kollegen der CDU-Fraktion meinen Vorschlag in der öffentlichen GR-Sitzung vom 12.12., das Thema Ausschreibung neuerlich auf die Tagesordnung zu setzen, kategorisch ab. Liebe Kollegen der CDU-Fraktion, ich verstehe unter Transparenz, Sachentscheidung bzw. Beteiligung der Öffentlichkeit, alles Ziele, die Sie auf Ihre Fahnen geschrieben haben, etwas anderes. Wer diese richtigen Ziele fordert, sollte auch danach handeln.

Bereits bei der Pachtvergabe vor 16, vor 26 und vor 36 Jahren (und wohl auch schon vorher) gab es eine zu hohe Rotwildpopulation und damit deutlich zu viele Schältschäden. Die bisherige Form der Jagdausübung ist offensichtlich nicht in der Lage das Problem zu lösen. Bereits vor 16 und 26 Jahren führte man im Gremium eine ähnliche Diskussion, leider auch damals ohne die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Hätten unsere Vorgänger im Gemeinderat bei der Vergabe der Jagdausübung die Interessen des Waldes stärker berücksichtigt, könnten wir heute die Erträge auch in finanzieller Hinsicht einfahren.

Bei der Jagdpacht handelt man offensichtlich nach dem Prinzip weiter so wie bisher, obwohl seit Jahrzehnten die Rotwildbestände und aktuell auch die Schwarzwildbestände deutlich zu hoch sind, unseren Wald schädigen, und die Erträge des Waldes jährlich um mindestens 200.000,- € schmälern. Bedenkt man, dass ein heute zu beschließendes anderes Jagdkonzept sich finanziell erst in ca. 50 Jahren auswirken wird, dann ist das vor wenigen Wochen beschlossene „Augen zu und weiter so“ eine Hypothek für die kommenden Generationen. Bürgermeister und Gemeinderatsmehrheit haben bei diesen Beschlüssen nicht die Interessen des Waldbesitzers, das ist die Stadt Eberbach, also die Eberbacher Bürgerinnen und Bürger, ausreichend berücksichtigt. Ich habe auch immer wieder den Eindruck, dass die Gemeinderatsmehrheit unserem Leiter der Stadtförsterei, Herrn Riedel, der das Beste für unseren Wald will, nicht den Rücken stärkt, sondern die Interessen der Jagdpächter vertritt.

Die AGL wird darauf achten, dass zumindest die Jagdpachtverträge im Sinne des Waldes und des Waldbesitzers Stadt Eberbach gestaltet werden und deren Umsetzung in den kommenden Jahren konsequent überwacht wird.

3. Antrag aus 2014: Durch Energieeinsparmaßnahmen sollen die Energiekosten in öffentlichen Gebäuden um 10% gesenkt werden.

Diesbezüglich wurden in den vergangenen 3 Jahren keine nennenswerten Maßnahmen ergriffen. Belastbare Zahlen über die Zielerreichung konnten uns nicht vorgelegt werden. Deshalb hat die AGL die Wiedereinführung des Energieberichts und die Umsetzung der in diesem Bericht formulierten Maßnahmen ab 2017 beantragt. Dafür wurden auf unseren Antrag hin 15.000,- bzw. 20.000,- € mehrheitlich beschlossen. Deutliche Energieeinsparungen, die die Kosten weit übersteigen werden, sind möglich, diese sollten auch aus ökologischen Gründen zügig angegangen werden.

4. Antrag aus 2014: Umrüstung der Straßenlaternen auf LED mit dem Ziel über 50% Energie und damit auch Kosten einzusparen.

Im Jahr 2015 wurde diese Maßnahme nicht umgesetzt. Ab Ende 2016 soll diese Umrüstung angelegt auf 3 Jahre nun endlich erfolgen. Dann werden 80% der Kosten für die Straßenbeleuchtung eingespart werden. Die jetzt begonnene Umsetzung ist zu begrüßen, die Verzögerung haben wir wiederholt kritisiert, weil dadurch erheblich Kosteneinsparungen in den vergangenen 2 Jahren nicht realisiert wurden.

5. Antrag aus 2014: Einsparung bei Druck und Papierkosten.

Hier hat die Verwaltung Maßnahmen ergriffen. So werden Protokolle etc. den Gemeinderäten per Mail zugesendet, die papierlose Ratsarbeit über Laptop wird ab 2017 beginnen.

Eberbach hat einen Investitionsstau. Ich verweise auf den Kindergarten Regenbogen, die Feuerwehr, die Sanierung der Schulen, Straßen und Kanäle, das Hallenbad, und ein Parkhaus in der Güterbahnhofstraße, deshalb ist auch weiteres Sparen bei den laufenden Ausgaben angesagt.

Für den **Kindergarten Regenbogen und das Feuerwehrgerätehaus** sind in 2017 Planungsmittel eingestellt, wir erwarten, dass in 2017 die Planungen abgeschlossen werden können und Baubeginn spätestens Anfang 2018 ist.

Mit der Planung eines **Parkhauses über dem Parkplatz des REWE-Marktes** mit direktem Zugang zum Steg sollte aus 2 Gründen ebenfalls zügig begonnen werden. Erstens ist nur bis 2019 eine Förderung über das Sanierungsprogramm möglich und zweitens ist ein Parkhaus in Bahnhofs- und Stadtnähe dringend notwendig, wenn die Flächen, auf denen jetzt geparkt wird, bebaut werden, z.B. durch den Kindergarten. Deshalb wurden auf Antrag der AGL die Planungsmittel in 2017 um 40.000,- € auf 60.000,- € erhöht.

Was das **Hallenbad** betrifft, so wurde in diesem Jahr die Machbarkeitsstudie einer Sanierung vorgelegt. Das ist ein erster richtiger Schritt. Doch dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Die AGL ist der Meinung, dass neben den Kosten einer Sanierung auch Kosten für einen Neubau errechnet werden müssen um entscheiden zu können, ob Sanierung oder Neubau langfristig gesehen die bessere, insbesondere die kostengünstigere Alternative ist. Eines ist für uns aber klar, Eberbach braucht auch zukünftig ein Hallenbad, spätestens 2018 sollten Planungsmittel eingestellt werden.

Bei all den Maßnahmen stellt sich natürlich die Frage der Finanzierung. Eine Finanzierung ist über höhere Einnahmen, Kürzung der laufenden Ausgaben oder die Aufnahme von Krediten möglich. Wir werden den Investitionsstau nur schrittweise abbauen können und müssen dafür alle oben genannten Möglichkeiten der Finanzierung ins Auge fassen.

Die Bedingungen für Investitionen sind auf Grund steigender Einnahmen bei der Einkommens- und Umsatzsteuer und extrem niedrigen Zinsen insbesondere für Kommunen (Kommunalkredit 0,35 % Zins, also fast zu vernachlässigen) noch nie so günstig wie zur Zeit.

Deshalb ist es finanzpolitisch unverantwortlich dringend nötige Investitionen und Sanierungsmaßnahmen zurückzustellen. Wenn wir überfällige Sanierungen heute nicht angehen, dann werden unsere Einrichtungen weiter Schaden nehmen und die Sanierungskosten in späteren Jahren deutlich teurer und das in einer Zeit, wo wahrscheinlich wieder höhere Zinsen zu zahlen sind.

Ohne Kreditaufnahme werden wir in den nächsten Jahren diese Investitionen nicht stemmen können, insofern stimmen wir der Verwaltung zu, in der mittelfristigen Finanzplanung eine Kreditaufnahme vorzusehen.

Bei Auslaufen der alten Kredite mit hohen Zinsen werden wir zukünftig bei niedrigen Zinsen für neue Kredite insgesamt weniger an Zinsen zu zahlen haben.

Ziel muss sein der nächsten Generation keine marode Infrastruktur, die dann mit teuren Krediten saniert werden muss, zu hinterlassen. Dafür nehmen wir eine Verschuldung mit Augenmaß hin. Es gilt aber auch, dass jeder Euro, der durch Senkung der laufenden Kosten und Erhöhung der Einnahmen erwirtschaftet werden kann, die Kreditaufnahme verringert. Deshalb muss darauf das Augenmerk gelegt werden.

Die AGL stimmt dem Haushaltsplan 2017 zu und bedankt sich bei der gesamten Verwaltung insbesondere bei Stadtkämmerer Müller und seinem Team für die geleistete Arbeit bei der Erstellung des Haushalts.

AGL - Gemeinderatsfraktion